

Torsten Oppelland/Hendrik Träger

Ein neuer Koalitionstyp: Voraussetzungen für rot-rote bzw. rot-rot-grüne Koalitionen unter Führung der Linken auf Landesebene

1. Einleitung

Das »fluide Fünfparteiensystem«¹ Deutschlands war bis in die jüngste Zeit häufig dadurch gekennzeichnet, dass es nur wenige Koalitionsoptionen gab: Entweder wurden entlang der »Lager«-Grenzen Koalitionen zwischen SPD und Grünen bzw. CDU/CSU und FDP gebildet oder, falls keine dieser Formationen eine Mehrheit erlangen konnte, kam es zu Großen Koalitionen, wie sie derzeit auf der Bundesebene sowie in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und dem Saarland regieren.

Seit ein paar Jahren gibt es jedoch Alternativen. Nach dem mehr oder weniger gescheiterten Experiment von Schwarz-Grün in Hamburg ist 2013 in Hessen ein neuer Versuch einer solchen lagerübergreifenden Koalition gestartet worden. Ein anderer Versuch, eine Alternative zu Regierungen von CDU und SPD zu schaffen, ist die von der Linken angeführte Koalition mit Sozialdemokraten und Grünen in Thüringen. Während rot-rote Koalitionen unter Führung der SPD in Ostdeutschland inzwischen fast zur Normalität lager-interner Bündnisse gehören, denn in Mecklenburg-Vorpommern (1998-2006), Berlin (2002-2011) und Brandenburg (seit 2009) regiert(e) eine solche Konstellation bereits, ist eine Koalition unter einem Ministerpräsidenten der Linken noch immer ein ausgesprochener Sonderfall, der bislang überhaupt nur in zwei Bundesländern möglich gewesen ist: in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Möglichkeit zu einer solchen Formation ist daran gebunden, dass Die Linke bei Landtagswahlen stärker als die SPD abschneidet, was bisher nur in diesen beiden Ländern der Fall war – und in Sachsen, wo indes eine rot-rote oder rot-rot-grüne Koalition aufgrund der schwachen Wahlergebnisse der SPD nicht möglich ist.

Nach den Landtagswahlen von 2006 und 2011 in Sachsen-Anhalt sowie nach den Wahlen von 2009 und 2014 in Thüringen stand jeweils die SPD als die drittstärkste Partei vor der Frage, mit wem sie eine Koalition eingehen, wem sie zum Amt des Ministerpräsidenten verhelfen sollte: der CDU oder der Linken. In allen Fällen war eine Mehrheitsbildung ohne die SPD zwar rechnerisch, aber nicht politisch möglich, weil

1 Oskar Niedermayer, »Nach der Vereinigung: Der Trend zum fluiden Fünfparteiensystem« in: Oscar W. Gabriel / Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hg.), *Parteidemokratie in Deutschland*, Bonn 2001, S. 107-127; hier: S. 107.

eine Koalition der beiden stärksten Parteien, CDU und Die Linke, völlig ausgeschlossen ist. Die Frage, warum sich die SPD nur in einem der vier Fälle für eine Kooperation mit der Linken entschieden hat, soll mithilfe einer *most similar case design*-Analyse diskutiert werden. Dabei geht es letztlich darum, auf der Grundlage qualitativer Daten den Versuch zu unternehmen, eine oder gegebenenfalls auch mehrere entscheidende Variablen zu identifizieren: Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit sich die SPD gegen eine Große Koalition unter CDU-Führung und für eine Regierung mit einem Ministerpräsidenten der Linken entscheidet?

2. Theorie: Parteiensysteme und Koalitionen auf Landesebene

Koalitionen lassen sich als »ein Subsystem des gesamten Parteiensystems«² beschreiben: Welche Regierungsbündnisse möglich sind, ergibt sich aus der Parteienkonstellation im jeweiligen Parlament. Das Parteiensystem ist also die »erklärende Variable für Koalitionsbildung und Koalitionshandeln«³. Deshalb ist es bei einer Analyse von Koalitionsentscheidungen sinnvoll, den Blick zunächst auf das Parteiensystem zu richten. Dieses kann als »das strukturelle Gefüge der Gesamtheit der Parteien in einem politischen System«⁴ definiert werden.

2.1 Parteiensysteme in den Ländern

Um verschiedene Parteiensysteme miteinander vergleichen zu können, bietet es sich an, Giovanni Sartori folgend Format und Mechanik der Parteiensysteme zu betrachten: Zum »Format« gehören die Anzahl der (im Parlament vertretenen) Parteien, deren »coalition potential« und die Fragmentierung als Grad der Zersplitterung. Unter »Mechanik« wird sowohl die Polarisierung, d.h. die ideologische Distanz zwischen den Parteien, als auch die elektorale bzw. parlamentarische Segmentierung, d.h. der Grad der gegenseitigen Abschottung der Parteien, subsumiert.⁵

Anhand des Formats lässt sich am besten die »Regionalisierung des Parteiensystems« durch das unterschiedliche Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland (...) beobachten⁶: Während in den westdeutschen Ländern weiterhin das Vier-Parteien-System mit SPD und CDU bzw. CSU als den beiden großen Parteien sowie FDP und Bündnis 90/Die Grünen als den kleineren Parteien existiert(e), ist für die ostdeutschen

2 Uwe Jun, »Parteiensystem und Koalitionskonstellationen vor und nach der Bundestagswahl 2005« in: Frank Brettschneider / Barbara Pfetsch / Oskar Niedermayer (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden 2007, S. 491–515; hier: S. 492.

3 Sabine Kropp / Roland Sturm, *Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation*, Opladen 1998, S. 65.

4 Klaus Detterbeck, *Parteien und Parteiensystem*, Konstanz/München 2011, S. 143.

5 Vgl. Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge 1976.

6 Melanie Haas / Uwe Jun / Oskar Niedermayer, »Die Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer – Eine Einführung« in: Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer (Hg.), *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden 2008, S. 9–38; hier: S. 10.

Länder ein Drei-Parteien-System mit CDU, SPD und PDS bzw. Die Linke prägend. FDP und Bündnisgrüne scheiterten bei vielen Wahlen an der Fünf-Prozent-Hürde und mussten lange Zeit ein außerparlamentarisches Dasein fristen. In Sachsen-Anhalt und Brandenburg schaffte es zwar Ende der 1990er-Jahre mit der rechtspopulistischen DVU kurzzeitig eine vierte Partei in den Landtag; diese spielte jedoch bei der Regierungsbildung keine Rolle. Gleiches gilt für die rechtsextreme NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, die zweimal in den jeweiligen Landtag einziehen konnte, sowie seit 2014 für die sich während der laufenden Wahlperiode immer weiter in Richtung Rechtspopulismus entwickelnde AfD.⁷

Aufgrund der besonderen Situation des Parteiensystems in Ostdeutschland gestaltet sich die Regierungsbildung dort häufig schwieriger als in den alten Ländern: So konnte die SPD in den letzten Jahren im Westen sechs Koalitionen nach dem bewährten Muster »Rot-Grün« sowie eine sog. »Dänen-Ampel« mit Bündnis 90/Die Grünen und SSW (Schleswig-Holstein) bilden, während sie sich im Osten zwischen der CDU und der Linken als Koalitionspartner entscheiden muss. Gegenwärtig regieren in den neuen Ländern einschließlich Berlins jeweils zwei Große Koalitionen mit einem Regierungschef der SPD (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern) und der CDU (Sachsen, Sachsen-Anhalt), ein rot-rotes Bündnis mit einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten (Brandenburg) sowie eine rot-rot-grüne Koalition unter Führung der Linken (Thüringen). An allen sechs Regierungen ist die SPD beteiligt. Daran werden das große »coalition potential« und die pivotale Position⁸ der Sozialdemokraten bei der Regierungsbildung deutlich.

Dabei kann jedoch zwischen einer Pivot-Position aus der Situation der Stärke, d.h. als stärkste Fraktion mit Aussicht auf das Amt des Ministerpräsidenten, und einer Pivot-Position aus der Situation der Schwäche, d.h. als kleinere Fraktion und »Königmacher«, differenziert werden. In einer Pivot-Position der Stärke ist die Koalitionsfrage weder innerparteilich noch in Bezug auf die strategische Position im Parteienwettbewerb ein Problem.

In Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern stellen die Sozialdemokraten teilweise mit Abstand die stärkste Fraktion im Landtag und können in jeder Koalition den Ministerpräsidenten stellen. Das geschah bisher sowohl in Bündnissen mit der CDU als auch in Kooperation mit der PDS bzw. Linken. Die Wahl des Bündnispartners hatte kaum Einfluss auf die Wahlergebnisse der SPD, und der Bündniswechsel löste innerparteilich keine größeren Konflikte aus.

In Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt sind die Sozialdemokraten seit 1999 bzw. 2002 nur noch die drittgrößte Partei. Während in Sachsen aufgrund der Dominanz der CDU eine politisch tragfähige Regierung ohne die Christdemokraten unwahrscheinlich ist, sind in Thüringen und Sachsen-Anhalt sowohl CDU-geführte Ko-

⁷ Zu den Wahlen in Ost und West siehe auch Hendrik Träger, »Ein Vierteljahrhundert Wahlen in Ost und West (1990 bis 2014): regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46, Nr. 1 (2015), S. 57–81.

⁸ Vgl. Abram De Swaan, »A Classification of Parties and Party Systems According to Coalitional Options« in: *European Journal of Political Research* 3, Nr. 4 (1975), S. 361–375.

alitionen als auch Bündnisse mit einem Ministerpräsidenten der Linken möglich. Dort kommt der SPD die Rolle des Königsmachers zu, so dass sie vor der schwierigen Aufgabe steht, über die Regierungsformation zu entscheiden: Will sie mit der CDU oder mit der Linken regieren? Vor dieser Frage standen die Sozialdemokraten in Thüringen nach den Wahlen 2009 und 2014 sowie in Sachsen-Anhalt nach den Urnengängen 2006 und 2011.⁹ In allen diesen Fällen hat das zu erheblichen innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt. Zugleich war es immer wieder ein Problem für die SPD, den Wählern ihre Haltung in der Koalitionsfrage zu vermitteln, was wiederum auch zu einer elektoralen Schwächung der Partei beitrug. Eine Pivot-Position der Schwäche heißt insofern nicht nur, dass der kleinere künftige Koalitionspartner darüber entscheidet, wer regieren wird, sondern verweist auch auf das damit verbundene strategische Dilemma, das zu einer fortwährenden Schwächung führt bzw. führen kann.

Tabelle 1: Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt und Thüringen seit 1990 (in Prozent)

	Wahljahr	CDU	SPD	PDS bzw. Linke	FDP	B'90/ Grüne	Sonstige im Parl.
Sachsen-Anhalt	1990	39,0	26,0	12,0	13,5	5,3	-
	1994	34,4	34,0	19,9	3,6	5,1	-
	1998	22,0	35,9	19,6	4,2	3,2	DVU: 12,9
	2002	37,3	20,0	20,4	13,3	2,0	-
	2006	36,2	21,4	24,1	6,7	3,6	-
	2011	32,5	21,5	23,7	3,8	7,1	-

⁹ Zu den aufgeführten Wahlen siehe u.a. Heiko, Gothe, »Die thüringische Landtagswahl vom 30. August 2009: Desaster für die Althaus-CDU mündet in schwarz-rotem Bündnis« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41, Nr. 2 (2010), S. 304–322; Everhard Holtmann, »Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des ›halben Machtwechsels‹« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38, Nr. 1 (2007), S. 51–67; Everhard Holtmann / Kerstin Völlkl, »Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 20. März 2011: Modifiziertes ›Weiter so‹ statt Wechsel« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42, Nr. 4 (2011), S. 745–764; Torsten Oppelland, »Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46, Nr. 1 (2015), S. 39–56.

	Wahljahr	CDU	SPD	PDS bzw. Linke	FDP	B'90/Grüne	Sonstige im Parl.
Thüringen	1990	45,4	22,8	9,7	9,3	6,5	-
	1994	42,6	29,6	16,6	3,2	4,5	-
	1999	51,0	18,5	21,3	1,1	1,9	-
	2004	43,0	14,5	26,1	3,6	4,5	-
	2009	31,2	18,5	27,4	7,6	6,2	-
	2014	33,5	12,4	28,2	2,5	5,7	AfD: 10,6

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Landeswahlleiter.

Allerdings unterscheiden sich die Situationen in Thüringen und Sachsen-Anhalt von einander: In Thüringen liegt die SPD seit 1999 zwischen drei und 16 Prozentpunkten hinter der PDS bzw. Linken und rangiert damit in unterschiedlichem Maße abgeschlagen an dritter Stelle, so dass sie auf absehbare Zeit kaum in die Lage kommen dürfte, den Ministerpräsidenten zu stellen. Ein sozialdemokratischer Regierungschef ist demgegenüber in Sachsen-Anhalt nicht so unwahrscheinlich, denn die SPD, die zwischen 1994 und 2002 bereits den Ministerpräsidenten stellte, liefert sich seit 2002 mit den Linken ein Kopf-an-Kopf-Rennen (*Tab. 1*) und hat die berechtigte Hoffnung, dass einer ihrer Genossen wieder in die Staatskanzlei einziehen könnte. Inwiefern sich diese unterschiedlichen Konstellationen auf die divergierenden Entscheidungen der Sozialdemokraten in Thüringen und Sachsen-Anhalt über eine Koalition unter einem Ministerpräsidenten der Linken auswirken, wird auch in diesem Beitrag besprochen.

2.2 Koalitionstheorien und -forschung

In den letzten Jahrzehnten hat sich die theoretische und empirische Koalitionsforschung zu einer höchst ausdifferenzierten Subdisziplin der vergleichenden Regierungslehre entwickelt.¹⁰ Für unsere Zwecke genügt es – grob vereinfachend – die »klassische« Unterscheidung von *office-* und *policy-seeking* sowie entsprechende Theorieansätze heranzuziehen und diese auf ihre Erklärungskraft für den Sonderfall rot-roter Koalitionen unter linker Führung hin zu prüfen. Zusätzlich müssen einige neuere, eher empirisch orientierte Ansätze hinzugezogen werden.

Die frühen spieltheoretischen Theorieansätze, die die über Koalitionen verhandelnden Parteien in der Regel als rationale *unitary actors* modellieren, sehen deren Hauptinteresse darin, politische Macht, also politische Ämter, zu erwerben. Dies sei am besten durch kleinstmögliche Gewinnkoalitionen, bei denen jeder einzelne Koalitions-

¹⁰ Vgl. Martin Gross, *Koalitionsbildungsprozesse auf kommunaler Ebene: Schwarz-Grün in deutschen Großstädten*, Wiesbaden 2016, S. 57ff.

partner für die Parlamentsmehrheit erforderlich ist (*minimal winning coalition*) oder bei denen die für die Mehrheit kleinstmögliche Anzahl an Parteien beteiligt ist (*minimum winning coalition*), zu verwirklichen, weil jede beteiligte Partei eine Höchstzahl von Kabinettsposten besetzen kann. Diese Ansätze sind schon bald kritisiert worden, weil es in der Regel in Mehrparteiensystemen mehrere mögliche solcher Koalitionen gibt und die Theorie keine Antwort auf die Frage geben kann, welche wahrscheinlicher ist. Das ist auch bei unseren Fällen so. Da die SPD in der Pivot-Position ist – wenn auch, wie oben beschrieben, in einer Pivot-Position der Schwäche –, könnte sie sowohl mit der CDU als auch mit der Linken eine *minimal winning coalition* bilden. Dabei bliebe der SPD der »big prize« der Koalitionsbildung, das Amt des Ministerpräsidenten, verwehrt, weil dieser Posten üblicherweise von der größten Regierungspartei besetzt wird. Da ohne die SPD aber keine Regierungsmehrheit gebildet werden kann, ist es in jedem Fall so, dass sie – entgegen den theoretischen Erwartungen – von den beiden anderen Parteien dermaßen umworben wird, dass sie davon ausgehen kann, mehr Posten zu bekommen, als ihr nach ihrem Mandatsanteil »zustehen« würde. In einem Fall, nach der Thüringer Landtagswahl 2009, war mit der Linken die größere Partei sogar bereit, auf das Amt des Ministerpräsidenten zu verzichten, um die Koalitionsbildung zu ermöglichen.¹¹ Dennoch scheiterten die rot-rot-grünen Verhandlungen letztlich, was darauf hindeutet, dass *office-seeking* allein das Verhalten der Akteure nicht erklären kann.

Wenn es eine Konstellation gibt, in der drei Parteien – in unseren Fällen also Die Linke, SPD und Bündnis '90/ Die Grünen – für die Mehrheitsbildung erforderlich sind, müsste sich die SPD nach der Logik der *minimum winning coalition* für eine Koalition mit der CDU entscheiden. Dort wären nur zwei Parteien beteiligt, so dass die SPD mehr Ministerämter besetzen könnte. So verhielt sich die SPD in drei der vier Fälle, nicht aber in Thüringen 2014. Dort zog sie die sehr knappe Drei-Parteien-Mehrheit einer ebenso knappen Zwei-Parteien-Mehrheit vor, was den theoretischen Erwartungen widerspricht und dazu zwingt, andere Gründe für das Verhalten der SPD in die Untersuchung einzubeziehen, die die Abweichung von der Erwartung erklären können.

Aufgrund der Kritik an den frühen rationalistischen, rein auf das *office-seeking* fokussierten Koalitionstheorien wurden diese um eine *policy*-Dimension dergestalt ergänzt, dass von den möglichen kleinsten Mehrheiten diejenige am wahrscheinlichsten sei, bei der die Koalitionspartner einander ideologisch am nächsten sind (*minimal connected winning coalition* bzw. *minimal range coalition*). Bereits ein oberflächlicher Vergleich der Wahlprogramme der drei für unseren Beitrag relevanten Parteien zeigt, dass die SPD in einigen zentralen landespolitischen Politikbereichen – z.B. Bildungs- und Sozialpolitik – der Linken wesentlich nähersteht als der CDU. In anderen Bereichen – insbesondere bei der Finanzpolitik – stehen die Positionen der SPD denen der CDU näher. Tatsächlich entschied sich die SPD trotz erheblicher inhaltlicher Nähe zu linken Positionen in drei von vier Fällen für die CDU. Dabei ist kaum zu klären, ob dies so

11 Vgl. Gothe, Die thüringische Landtagswahl vom 30. August 2009, a.a.O. (Fn. 9), S. 318f.

war, weil die Bereiche, in denen die Sozialdemokraten den Christdemokraten näher standen, als wichtiger erachtet wurden, oder ob andere Faktoren eine stärkere Rolle gespielt haben.

Welche »anderen Faktoren« das sein könnten, darüber können theoretisch fundierte empirische Studien Auskunft geben, die kontextuelle und institutionelle Aspekte einbeziehen. So wurde beispielsweise festgestellt, dass in Mehrebenensystemen regionale Koalitionen wahrscheinlicher sind, wenn diese kongruent zur national amtierenden Koalition sind.¹² Die hier vorliegenden vier Fälle entsprechen diesem Befund nur einmal: Im Jahr 2006 entschied sich die SPD in Sachsen-Anhalt mit der Großen Koalition für ein Bündnis nach dem »Berliner Muster«; dieses Verhalten entspricht den theoretischen Erwartungen. In den drei anderen Fällen spielte der Faktor der Kongruenz zwischen Landes- und Bundesebene keine Rolle:

- Zum Zeitpunkt der Thüringer Landtagswahl 2009 (30. August) amtierte auf der Bundesebene zwar noch die Große Koalition. Aber diese wurde infolge der Bundestagswahl am 27. September, während die SPD in Thüringen noch in beide Richtungen verhandelte, durch ein christlich-liberales Bündnis ersetzt. In der Übergangsphase zwischen Wahl und Regierungsbildung auf Bundesebene stellte sich die Frage der Kongruenz nicht mehr, so dass sich die SPD durchaus eine Koalition mit der Linken hätte bilden können, was sie bekanntlich nicht tat.
- Im Frühjahr 2011, als sich die Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt für die Fortsetzung der Koalition mit der CDU entschieden, koalierten die Christdemokraten in Berlin mit der FDP. Auch hier spielte also Kongruenz keine Rolle.
- Und im Herbst 2014 traf die Thüringer SPD ihre Entscheidung für Die Linke eindeutig aus landespolitischen Motiven, ohne auf Kongruenzüberlegungen im Hinblick auf die inzwischen auf der Bundesebene wieder bestehende Große Koalition Rücksicht zu nehmen.

Parteien zielen meist in erster Linie darauf, möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen (*vote-seeking*). Insofern ist die Überlegung plausibel, dass sich die Parteien bei ihrer Koalitionsentscheidung von den Wählerpräferenzen beeinflussen lassen. Diese Hypothese wurde durch eine Auswertung der Regierungsbildungen in den deutschen Bundesländern zwischen 1990 und 2009 weitgehend bestätigt.¹³ In unseren Fällen jedoch entschieden sich die Sozialdemokraten in Thüringen – anders als SPD in Sachsen-Anhalt – bei den relevanten Wahlen gegen die Mehrheitspräferenz der Wähler (Tab. 2): 2009 sprach sich eine Mehrheit der Wähler für eine Koalition unter Beteiligung der Linken aus (allerdings mit einer klaren Mehrheit von 48 gegenüber 34 Prozent unter der Führung des damaligen SPD-Spitzenkandidaten Christoph Matschie), und die SPD entschied sich trotzdem für die CDU. 2014 war es genau umgekehrt: Die Wählermehrheit war zwar unentschieden (je 35 Prozent für eine Koalition mit CDU oder Die

12 Vgl. Irina Stefuriuc, *Government Formation in Multi-level Settings. Party Strategy and Institutional Constraints*, Houndsmill/Basingstoke 2013.

13 Vgl. Marc Debus / Jochen Müller, »Do Voters' Coalition Preferences Affect Government Formation?« in: *West European Politics* 36, Nr. 5 (2013), S. 1007–1028.

Linke), aber eine deutliche Mehrheit der SPD-Wähler war für eine Fortsetzung der Großen Koalition, doch die Partei entschied sich für den Wechsel.¹⁴ Offenbar war gerade in den hier zur Debatte stehenden Fällen die Wählerpräferenz nicht immer ein entscheidender Faktor.

Tabelle 2: Wählerpräferenz hinsichtlich der Koalition (SPD in welcher Kombination)

Land	Wahljahr	mit CDU (alle Wähler)	mit CDU (SPD-Wähler)	mit Die Linke (alle Wähler)	mit Die Linke (SPD-Wähler)
Thüringen	2009	22	k.A.	35	k.A.
	2014	35	56	35	35
Sachsen-Anhalt	2006	54	k.A.	30	k.A.
	2011	56	72	32	37

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten aus den Wahltags- bzw. Vorwahltagsbefragungen von Infratest dimap.

Dagegen ist eine wichtige Variable für die Koalitionsentscheidung normalerweise die Erfahrung mit früheren Kooperationen der beteiligten Parteien. Anfänglich ging die Forschung davon aus, dass amtierende Koalitionen mit größerer Wahrscheinlichkeit fortgesetzt würden, weil die Verhandlungskosten zwischen eingespielten Koalitionspartnern deutlich geringer seien.¹⁵ Allerdings wurde dagegen angeführt, dass die Wahrscheinlichkeit einer Koalitionsfortsetzung bzw. -neuaufgabe extrem sinkt, wenn die vorherige Koalition an inneren Gegensätzen gescheitert sei.¹⁶ Zweimal, 2006 in Sachsen-Anhalt und 2009 in Thüringen, kam die SPD aus der Opposition heraus in die entscheidende Pivot-Position, so dass die Frage einer Fortsetzung der Koalition irrelevant war. In den beiden anderen Fällen (2011 in Sachsen-Anhalt und 2014 in Thüringen), die zudem ein unterschiedliches Outcome aufweisen, kam sie aus einer Koalition mit der CDU. Zwar ist keine dieser beiden Koalitionen in der Form gescheitert, dass es zu vorzeitigen Neuwahlen gekommen wäre. Dennoch ist die Frage, wie die Zusammenarbeit mit der CDU von der SPD beurteilt wurde, für deren Willensbildung bei der Koalitionsentscheidung zweifellos von großer Bedeutung.

Dazu gehört auch, dass Parteien als *vote-seekers* in ihrer Willensbildung bei der Koalitionsentscheidung vom erzielten Wahlergebnis beeinflusst werden. Zumal die vorherige Koalitionszusammenarbeit unter Umständen durch das Wahlergebnis, insbesondere wenn dieses nicht gut ausfällt, in einem veränderten Licht erscheinen kann. Inso-

14) Jedoch hatte eine Vorwahlerhebung von Infratest dimap im Auftrag des MDR wenige Wochen vor der Wahl ergeben, dass eine klare Mehrheit von 63 Prozent der »SPD-Anhänger« eine Koalition mit der Linken vorzog. Die Zahlen sind insofern leider nicht ganz eindeutig; vgl. Infratest dimap, *LänderTrend Thüringen September 2014 im Auftrag des MDR* (http://supt2014.infratest-dimap.de_umfragen-analysen_bundeslaender_t5.pdf, Zugriff am 14.9.2014); Infratest dimap, *Wahlreport Landtagswahl Thüringen 2014*, Berlin 2014, S. 46.

15) Vgl. Gross, *Koalitionsbildungsprozesse auf kommunaler Ebene*, a.a.O. (Fn. 10) S. 68f.

16) Vgl. Lanny W. Martin / Randolph T. Stevenson, »The Conditional Impact of Incumbency on Government Formation« in: *American Political Science Review* 104, Nr. 3 (2010), S. 503–518.

fern ist eine Variable, die in die Untersuchung mit einbezogen werden muss, die Frage, ob die SPD mit einem Wahlerfolg – d.h. angesichts der Politikerfähigkeit, sich Ergebnisse schön zu reden: ohne Verluste – oder eben mit mehr oder weniger großen Stimmverlusten in die Regierungsbildung ging.

Es klingt fast etwas banal, wenn man konstatiert, dass für die Regierungsbildung die vorherigen Koalitionsaussagen oder -signale der beteiligten Parteien eine Rolle spielen. Aber es wurde gerade im Kontext deutscher Bundesländer nachgewiesen, dass Vorwahl-Allianzen einen starken Effekt auf die spätere Regierungsbildung haben.¹⁷ Eine Koalitionsaussage betrifft in letzter Konsequenz den Markenkern und damit verbunden die Glaubwürdigkeit einer Partei, weshalb entsprechende Festlegungen häufig mit längeren innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen verbunden sind, bei denen die verschiedenen Akteure einer Partei mit ihren jeweiligen Positionen aufeinandertreffen. Deshalb rückt bei der Analyse der Bildung von Koalitionen auch »die Logik der innerparteilichen Selbstvergewisserung (des ›identity seeking‹) in den Vordergrund«¹⁸; das betrifft vor allem solch schwierige Fälle wie die grün-rote Koalition unter Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg (2011) und die Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2013.¹⁹

In unserem Kontext ist von besonderer Relevanz, dass innerhalb der SPD eine Entscheidung für Die Linke nicht nur als Koalitionspartner, sondern als führende Partei in einer Koalition schwierig und innerparteilich umstritten ist. Denn einerseits steht Die Linke, so sehr sie sich auch von ihren Vorläufern abgrenzen mag, in der Tradition der SED und sogar der Weimarer KPD, wie die historische Selbstverortung etwa im 2011 verabschiedeten »Erfurter Programm« der Linken²⁰ zeigt. Das allein ist schon für Parteien, die wie die SPD und Bündnis '90/Die Grünen aus dem Kreis der Bürgerbewegungen der späten DDR stammen, problematisch. Andererseits ist es für eine Partei mit dem Selbstverständnis einer Volkspartei (SPD) wahrscheinlich einfacher, sich der Führung einer konkurrierenden Volkspartei aus dem »gegnerischen« Lager (CDU) zu beugen als der Konkurrenzpartei im eigenen weltanschaulichen Lager (Die Linke). Die Koalitionsaussage im Wahlkampf ist ein Indikator dafür, wie die SPD mit dieser Situa-

17 Vgl. Thomas Bräuninger / Marc Debus, »Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in deutschen Ländern« in: *Politische Vierteljahrsschrift* 49, Nr. 2 (2008), S. 309–338.

18 Eckhard Jesse / Roland Sturm, »Legitimation durch Deliberation? Die späte und schwierige Regierungsbildung« in: dies. (Hg.), *Bilanz der Bundestagswahl 2013. Akteure und Strukturen*, Bonn 2014, S. 7–11; hier: S. 9.

19 Vgl. Roland Sturm, »Woran scheitern Länderkoalitionen? Eine theoriegeleitete empirische Analyse« in: Frank Decker / Eckhard Jesse (Hg.), *Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich*, Baden-Baden 2013, S. 241–258 und Roland Sturm, »Legitimation durch Deliberation? Die späte und schwierige Regierungsbildung« in: Eckhard Jesse / Roland Sturm (Hg.), *Bilanz der Bundestagswahl 2013. Akteure und Strukturen*, Bonn 2014, S. 65–88.

20 Vgl. Die Linke, *Programm der Partei DIE LINKE*. Beschluss des Parteitages der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, bestätigt durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011 (http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf).

tion und mit ihrer Lage als kleinste von drei »großen« Parteien umgeht und worauf man sich innerparteilich hat einigen können, was also (gerade noch) dem Markenkern entspricht und folglich mit der *identity seeking*-Strategie vereinbart werden kann.

Da es bislang noch nie dazu kam, dass die SPD bei einer Landtagswahl eine klare Präferenz für eine rot-rote Koalition unter linker Führung geäußert hat, ist ein völliges Offenhalten der Koalitionsfrage bzw. die Vermeidung jeglicher Koalitionsaussage als das größte Entgegenkommen gegenüber der Linken vor der Wahl zu interpretieren.²¹ Das wiederum zeigt, dass die innerparteilichen Kräfteverhältnisse zwischen Kritikern und Befürwortern eines Linksbündnisses ausgewogen sind. Wenn hingegen bestimmte Koalitionsformen von vornherein ausgeschlossen werden (z.B. die Wahl eines linken Ministerpräsidenten durch die SPD), deutet das darauf hin, dass die Befürworter einer Großen Koalition die Oberhand haben. Letzteres würde natürlich auch gelten, wenn es eine klar geäußerte Präferenz für die Koalition mit der CDU gäbe. Insofern ist die Koalitionsaussage der SPD eine wichtige Variable in der Untersuchung der Koalitionsentscheidung.

Angesichts der Tatsache, dass sich die meisten koalitionstheoretischen Ansätze für unsere Fragestellung als wenig hilfreich erwiesen haben, konzentrieren wir uns in der vergleichenden Untersuchung der vier Fälle auf die zuletzt genannten Variablen:

- das Wahlergebnis der SPD,
- die Bewertung der bisherigen Koalitionszusammenarbeit mit der CDU (sofern vorhanden) durch die SPD sowie
- die Koalitionsaussagen der SPD im Wahlkampf.

3. Untersuchung

Bevor diese Variablen untersucht werden können, ist zunächst in der gebotenen Kürze zu erklären, hinsichtlich welcher Parameter es Gemeinsamkeiten zwischen Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt. Ohne eine Vergleichbarkeit der Untersuchungsgegenstände wäre eine Analyse nach dem *most similar case design*-Prinzip nicht möglich.

3.1 Kontextvariablen

Die ostdeutschen Länder sollten nicht generell als eine homogene Einheit betrachtet werden, denn »[d]en Osten gibt es nicht«²². Gleichwohl lassen sich für Sachsen-Anhalt und Thüringen hinsichtlich der drei wichtigen Kontextvariablen politische Kultur, do-

21 Dass die SPD in anderen Landesverbänden, die elektoral stärker als Die Linke sind, aus der Position der Stärke schon Koalitionsaussagen zugunsten von PDS oder Die Linke gemacht hat, ist etwas qualitativ anderes.

22 Ulrich Pfeiffer, »Den Osten gibt es nicht« in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 52, Nr. 10 (2005), S. 49–53; hier: S. 49.

minante Rolle der CDU im Parteiensystem und Vorsprung der PDS bzw. Linken gegenüber der SPD große Gemeinsamkeiten feststellen.²³

3.1.1 Politische Kultur

Als politische Kultur kann – Gabriel Almond und Sidney Verba folgend – »the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation«²⁴ verstanden werden. Die Situation in Sachsen-Anhalt und Thüringen ist trotz mancher Unterschiede sehr ähnlich, denn in beiden Ländern vertreten die Bürger egalitäre Positionen.²⁵ Außerdem identifiziert sich, wie Erhebungen (»Sachsen-Anhalt-Monitor«, »Thüringen-Monitor«) belegen, jeweils die Mehrheit der Bevölkerung mit der Demokratie als Staatsform und vertraut den politischen Institutionen (den Parteien jedoch am wenigsten). Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, dass es rechtspopulistische bzw. -extreme Parteien – im Gegensatz zu den anderen ostdeutschen Ländern – entweder gar nicht (Thüringen) oder bisher nur einmal (DVU in Sachsen-Anhalt) in den jeweiligen Landtag schafften.²⁶ Und mit Blick auf Die Linke ist zu konstatieren, dass diese in beiden Ländern pragmatisch eingestellt und regierungswillig ist.²⁷

23 Vgl. Klaus Detterbeck, »Sachsen-Anhalt – von häufigen Regierungswechseln, einem gescheiterten Modell und einer christdemokratischen Vormacht« in: Andreas Kost / Werner Rellecke / Reinhold, Weber (Hg.), *Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart*, München 2010, S. 360–374; Andreas Hallermann, »Das Parteiensystem Thüringens« in: Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer (Hg.), *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden 2008, S. 453–468; Andreas Hallermann, »Thüringen – von der historischen SPD-Hochburg zum Ende der CDU-Dominanz« in: Andreas Kost / Werner Rellecke / Reinhold, Weber (Hg.), *Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart*, München 2010, S. 396–409; Everhard Holtmann, »Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts« in: Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer (Hg.), *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden 2008, S. 409–429; Karl Schmitt / Torsten Oppelland (Hg.), *Parteien in Thüringen. Ein Handbuch*, Düsseldorf 2008.

24 Gabriel Almond / Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963, S. 14.

25 Vgl. Tom Mannewitz, *Politische Kultur und demokratischer Verfassungstaat. Ein subnationaler Vergleich zweier Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung*, Baden-Baden 2015, S. 334–362.

26 Dabei wurde die AfD nicht berücksichtigt, weil sich die Partei erst während der laufenden Wahlperiode des Thüringer Landtags klar in Richtung Rechtspopulismus entwickelt hat.

27 Zu den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in der Linken siehe Torsten Oppelland / Hendrik Träger, *Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei*, Baden-Baden 2014; Hendrik Träger, *Die ostdeutschen Landesverbände in den Bundesparteien. Personelle, inhaltlich-programmatische und finanzielle Beziehungen (1990–2007)*, Frankfurt am Main u.a. 2011, S. 392–400.

3.1.2 Dominante Rolle der CDU

Die CDU stellt(e) seit 1990 in beiden Ländern – mit Ausnahme einer Wahl in Sachsen-Anhalt (1998) – die meisten Landtagsmandate und ist damit die stärkste politische Kraft. Das gilt auch für die hier zu untersuchenden Wahlen, wobei die Abstände zur zweitgrößten Partei mit 8,8 bzw. 12,1 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt (wesentlich) größer ausfallen als in Thüringen mit 3,8 bzw. 5,3 Prozentpunkten (*siehe Tab. 1*). Trotz ihrer guten Ergebnisse hat die CDU – in Thüringen nach zehn Jahren Alleinregierung – keine hegemoneale Stellung im politischen System, denn in den vier untersuchten Fällen waren Regierungen auch ohne ihre Beteiligung möglich (*Tab. 3*). Ob sie (mit)regieren darf, hängt also nicht von ihr, sondern von der SPD ab, weil diese das größte »coalition potential« hat.

Tabelle 3: Mandatsverteilung nach in Sachsen-Anhalt (2006, 2011) und Thüringen (2009, 2014)

Land	Wahljahr	CDU	PDS bzw. Linke	SPD	FDP	B'90/ Grüne	Sonstige im Parl.
Sachsen-Anhalt	2006	40	26	24	7	-	-
	2011	41	29	26	0	9	-
Thüringen	2009	30	27	18	7	6	-
	2014	34	28	12	0	6	AfD: 11

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Landeswahlleiter.

3.1.3 Vorsprung der PDS bzw. Linken vor der SPD

Die Sozialdemokraten wiederum konnten sich nach jeder Wahl zwar zwischen einer Großen Koalition und einem Bündnis mit Linken (und ggf. Grünen) entscheiden, konnten ihre Rolle als pivotale Partei aber nur aus der Position der Schwäche heraus wahrnehmen. In allen vier Fällen stellte Die Linke mehr Abgeordnete als die SPD und hätte damit bei einer Koalition das Amt des Ministerpräsidenten für sich beanspruchen können. Während in Sachsen-Anhalt die Fraktionen ungefähr gleich groß waren bzw. sind, sind die Linken in Thüringen mittlerweile sogar stärker als Sozialdemokraten und Bündnisgrüne zusammen. Folglich wäre Die Linke in der Lage, die Koalitionen klar zu dominieren.

3.2 Welche Faktoren führen zu einer Koalition unter Führung der Linken?

In diesem Abschnitt geht es um die vergleichende Untersuchung der oben beschriebenen, die Koalitionsentscheidung erklärenden Variablen: die Erfahrungen der SPD mit vorherigen Koalitionen mit der CDU, die Koalitionsaussagen der SPD in den Wahlkämpfen sowie das von der SPD erzielte Wahlergebnis.

3.2.1 Die Bewertung der Koalitionszusammenarbeit mit der CDU durch die SPD

Die Frage, wie eine Partei die unmittelbar zurückliegende Zusammenarbeit mit einem Koalitionspartner beurteilt, hat offensichtlich einen großen Einfluss darauf, wie hoch die Bereitschaft zu einer Fortsetzung der Zusammenarbeit ist. Die Variable wird hier bivariat operationalisiert, d.h.: wurden die Arbeit und das Klima in der Koalition als gut oder überwiegend schlecht beurteilt?

Wie bereits erwähnt, ist diese Variable nur in zwei der vier Fälle relevant, weil die SPD sowohl 2006 in Sachsen-Anhalt als auch 2009 in Thüringen aus der Opposition heraus in die Lage der Pivot-Partei kam und keine unmittelbare Erfahrung mit einer Großen Koalition hatte. Zwar hatte die Thüringer SPD von 1994 und 1999 in einer vergleichsweise harmonischen Landesregierung unter der Führung von Bernhard Vogel mitregiert, diese mündete jedoch in einen elektoralen Absturz der SPD mit Verlusten von mehr als zehn Prozentpunkten und einer zehn Jahre währenden Alleinregierung der CDU.²⁸ Diese frühere Zusammenarbeitserfahrung lag bei der Landtagswahl 2009 schon zwei Legislaturperioden zurück, so dass hier nur die Fälle von Sachsen-Anhalt 2011 und Thüringen 2014 Relevanz besitzen.

Sachsen-Anhalt 2011

Die SPD war mit der Großen Koalition, die ziemlich geräuschlos arbeitete, zufrieden, denn das Verhältnis zwischen den beiden Parteien lässt sich auch noch nach fünf Jahren als partnerschaftlich beschreiben. Das wird beispielsweise daran deutlich, dass der Sozialdemokrat Jens Bullerjahn in der Vorwahlkampfzeit Ministerpräsident Wolfgang Böhmer zu einer SPD-Veranstaltung in seiner Heimat, dem Mansfelder Land, einlud. Der Regierungschef, der nicht mehr als Spitzenkandidat seiner Partei antrat, sprach von »[e]ine[r] dufte[n] Sache«²⁹ und betonte, dass man »Demokratie nicht wie einen Boxkampf zelebrieren«³⁰ dürfe. Er war den Sozialdemokraten bereits 2006 in den Koalitionsverhandlungen entgegengekommen, als »der SPD ebenso viele Ministerposten zugestanden wurden wie der nach Stimmenprozenten deutlich führenden größeren Regierungspartei«³¹, und hatte die damalige Koalitionsvereinbarung als »ein[en] faire[n] Kompromiss«³² bezeichnet. Insgesamt regierten CDU und SPD durchaus auf Augenhöhe, weshalb die Sozialdemokraten mit der Großen Koalition zufrieden waren. Das manifestierte sich letztlich im Wahlkampf, der einem »Schlagabtausch mit Watte-

²⁸ Vgl. Matthias Bettenhäuser / Sebastian Lasch, »Die SPD« in: Karl Schmitt / Torsten Oppelland (Hg.), *Parteien in Thüringen. Ein Handbuch*, Düsseldorf 2008, S. 139–221; hier: S. 198.

²⁹ Wolfgang Böhmer, zit. nach: Matthias Meisner, »CDU und SPD kuscheln in Sachsen-Anhalt« in: *Der Tagesspiegel* vom 20.1.2011 (<http://www.tagesspiegel.de/politik/wahlkampf-cdu-u-und-spd-kuscheln-in-sachsen-anhalt/3711900.html>).

³⁰ Ebd.

³¹ Holtmann, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006, a.a.O. (Fn. 9), S. 65.

³² Wolfgang Böhmer, »CDU braucht einen Partner« (Interview), in: *Mitteldeutsche Zeitung* vom 19.4.2006 (<http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/interview--cdu-braucht-einen-partner-,20641266,19086998.html>).

bäuschen«³³ glich, weil die beiden Parteien nicht gegeneinander kämpften, sondern miteinander kuschelten.³⁴

Thüringen 2014

Anders als in Sachsen-Anhalt beurteilte die Thüringer SPD die Zusammenarbeit mit der CDU am Ende der Wahlperiode von 2009 bis 2014 überwiegend als schlecht. Das hatte vor allem zwei Gründe. Die SPD hatte der CDU in den Koalitionsverhandlungen 2009 vor allem in der Bildungspolitik Zugeständnisse abgerungen, die für die Union an die Grenze der Selbstverleugnung gingen, aber letztlich akzeptiert wurden, weil die Christdemokraten keine Alternative zu einer Koalition mit der SPD hatten, wollten sie nicht freiwillig in die Opposition gehen. Im Laufe der Legislaturperiode entwickelte sich in der CDU eine Art Arbeitsteilung: Die Ministerpräsidentin und CDU-Landesvorsitzende Christine Lieberknecht war für das Funktionieren der Koalition zuständig, und ihr innerparteilicher Konkurrent, der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring, begleitete das Regierungshandeln kritisch und sah seine Aufgabe darin, die Identität der CDU als konservative Volkspartei herauszuarbeiten. Das führte dazu, dass die Arbeit der Koalition zuweilen etwas zäh verlief und Mohrings Agieren von der SPD als wenig konstruktiv angesehen wurde. Der zweite Grund war, dass der Ministerpräsidentin im letzten Jahr der Wahlperiode zunehmend die Kontrolle über die Staatskanzlei entglitt, was die Folge mehrerer an sich unbedeutender Affären war. Weil die SPD angesichts des sich nähernden Wahltermins teilweise in die Kritik der Opposition an der Ministerpräsidentin einstimmte, verschlechterte sich das Klima in der Koalition deutlich.³⁵ Freilich hat insbesondere das schlechte Wahlergebnis, für das die SPD in hohem Maße die Wahlkampfführung der Union verantwortlich machte, in der Rückschau die Arbeit in der Koalition mit der CDU noch weiter verdüstert.

3.2.2 Die Koalitionsaussagen der SPD in den Wahlkämpfen

Die SPD ist sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Thüringen seit Anfang der 2000er-Jahre in einer Pivot-Position der Schwäche. D.h. sie ist die schwächste der großen Parteien, aber es steht zugleich in ihrer Macht darüber zu entscheiden, ob die CDU oder Die Linke regieren kann. In einer derartigen Situation kommt der Koalitionsaussage vor der Wahl offensichtlich eine enorme Bedeutung zu. Die SPD hat dabei drei Handlungsalternativen, die zugleich die Ausprägungen dieser Variable darstellen: Sie kann ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf gehen, bestimmte Koalitionsmodelle ausschließen (z.B. die Wahl eines von der Linken gestellten Ministerpräsidenten) oder sich klar für die (ggfs. Fortsetzung der) Koalition mit der CDU aussprechen. Eine Präferenz für eine Koalition unter Führung der Linken wäre theoretisch möglich, aber in

33 Holtmann / Völkl, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 20. März 2011, a.a.O. (Fn. 9), S. 748.

34 Vgl. Meisner, CDU und SPD kuscheln in Sachsen-Anhalt, a.a.O. (Fn. 29).

35 Oppelland, Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014, a.a.O. (Fn. 9).

beiden Landesverbänden kaum mehrheitsfähig, weil die Sozialdemokraten damit ihre Identität als Volkspartei, die den Regierungschef stellen will, aufgeben oder zumindest in Gefahr bringen würde.

Sachsen-Anhalt 2006

Vier Jahre nach dem Ende ihrer von der PDS tolerierten Minderheitsregierung (*Magdeburger Modell*) distanzierte sich die SPD von ihrem früheren Kooperationspartner. Zwar zog sie ohne förmliche Koalitionsaussage – auch nicht zugunsten der Christdemokraten – in den Wahlkampf; die unüberhörbaren »Signale in Richtung CDU«³⁶ zeigten aber den Wählern deutlich, dass es eine faktische Präferenz für die CDU gab. In ihrem Wahlprogramm, das sie knapp zwei Monate nach dem Antritt der Großen Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel verabschiedet hatte, ließ die SPD Sympathien für eine Zusammenarbeit mit der CDU erkennen, indem sie sich »optimistisch«³⁷ über die Koalitionsvereinbarung auf der Bundesebene äußerte. Kurz darauf erklärte ihr Spitzenkandidat Jens Bullerjahn in einem Interview, dass er im Falle eines Wahlsieges zuerst mit den Christdemokraten reden werde. Eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei schloss er demgegenüber aus, weil diese für ihn »zur Zeit nicht koalitionsfähig«³⁸ sei. Eine rot-rote Regierung ließen auch »die mit der ›Agenda 2020‹ beschlossenen Leitlinien sozialdemokratischer Regierungspolitik, die unter anderem eine strikte Haushaltkskonsolidierung und eine Rückführung staatlicher Tätigkeit auf ›Kernaufgaben‹ forderten, (...) als unrealistisch erscheinen«³⁹. Insgesamt kann für den Wahlkampf 2006 eine »Annäherung zwischen CDU und SPD«⁴⁰ konstatiert werden; zumal die Christdemokraten »den Eindruck [erweckten; T.O./H.T.], für die sozialdemokratischen Avancen aufgeschlossen zu sein«⁴¹.

Thüringen 2009

Die SPD schloss vor der Wahl zwar eine Koalition mit der Linken nicht (mehr) aus, wohl aber explizit die Wahl eines von der Linken gestellten Ministerpräsidenten. Mit dieser Position hatte sich der Landesvorsitzende Christoph Matschie gegen eine Minderheit von gut einem Drittel der Parteimitglieder durchgesetzt; so viele hatten bei der Urwahl des Spitzenkandidaten für seinen Konkurrenten gestimmt, der für mehr Offenheit gegenüber den Linken eingetreten war. Das strategische Kalkül war dabei, den

- 36 Holtmann, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006, a.a.O. (Fn. 9), S. 53.
- 37 SPD Sachsen-Anhalt, *Politik im Weitblick. Das Zukunftsprogramm für Sachsen-Anhalt. Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl am 26. März 2006*, beschlossen auf dem SPD-Landesparteitag am 14. Januar 2006 in Halle, S. 3.
- 38 Jens Bullerjahn, zit. nach: Mitteldeutsche Zeitung, »Bullerjahn: ›PDS ist zur Zeit nicht koalitionsfähig‹«; Agenturmeldung vom 1.2.2006 (online: <http://www.presseportal.de/print/7806-65-mitteldeutsche-zeitung-bullerjahn-pds-ist-zur-zeit-nicht-koalitionsfahig.html>).
- 39 Holtmann, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006, a.a.O. (Fn. 9), S. 53.
- 40 Ebd.
- 41 Ebd.

Wählern zu kommunizieren, dass sie für die SPD würden stimmen müssen, wenn sie einen Machtwechsel nach 20 Jahren CDU-Regierung wollten.⁴² Diese Rechnung ging insofern nicht auf, als Die Linke bei der Wahl stärker als die SPD blieb. Bezeichnenderweise war die Frage, wer den Ministerpräsidenten stellen würde, ein zentraler Punkt, an dem die Sondierungen der SPD mit der Linken und den Grünen scheiterten.

Sachsen-Anhalt 2011

Bei der Wahl 2011 zog die SPD wieder ohne eine förmliche Koalitionsaussage in den Wahlkampf. Im Gegensatz zu 2006 schloss sie ein rot-rotes Bündnis (unter ihrer Führung) nicht mehr generell aus, zweifelte jedoch unmissverständlich an der Politikfähigkeit der Linken. Deren ostdeutschen Landesverbände hätten durch die Westausdehnung der Partei »ihren Pragmatismus aufgegeben. Mit Forderungen nach mehr öffentlichen Stellen und mehr Geld kriege ich die Probleme in Sachsen-Anhalt nicht gelöst. Ich brauche Leute, die mit mir auch Dinge umsetzen, die nicht einfach sind – die nicht erst zwei Jahre lang in Klausur gehen müssen, um zu beraten, ob sie das aushalten«⁴³, sagte der SPD-Spitzenkandidat Jens Bullerjahn. Er machte auch deutlich, dass seine Partei nicht Wulf Gallert von den Linken zum Regierungschef wählen werde. Außerdem stellte er klar: »Und wir werden keine Mehrheit konstruieren. Ich lasse mich nur zum Ministerpräsidenten wählen, wenn wir stärkste Kraft einer Koalition sind.«⁴⁴ Die Option auf ein rot-rotes Bündnis bestand also nur dann, wenn die SPD mehr Mandate als Die Linke bekommen hätte. Das war gegen Ende des Wahlkampfes nicht mehr gänzlich auszuschließen; damals »rückte die Aussicht, einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu stellen, (...) in scheinbar greifbare Nähe«⁴⁵. Und nach der Wahl ließ sich die SPD, die abermals nur drittstärkste politische Kraft geworden war, »zunächst ein Hintertürchen offen und erteilte dem Gesprächsangebot der Linken keine klare Absage«⁴⁶, bevor sie dann aber relativ zügig »exklusive Sondierungsgespräche mit dem bisherigen Koalitionspartner CDU« (ebd.)⁴⁷ führte.

Thüringen 2014

Bereits fast ein Jahr vor der Landtagswahl entschied sich die Führung der Thüringer SPD, dieses Mal ohne eine Koalitionsaussage in den Wahlkampf zu gehen und weder eine spezifische Konstellation auszuschließen noch eine Präferenz zu äußern. Dies war im Vergleich zu 2009 ein klarer Schritt auf Die Linke zu. Der Vorteil dieser Strategie

42 Vgl. Gothe, Die thüringische Landtagswahl vom 30. August 2009, a.a.O. (Fn. 9), S. 305.

43 Jens Bullerjahn, »Es gibt keine Wackelei« (Interview), in: *Mitteldeutsche Zeitung* vom 16.1.2011 (<http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/spd--es-gibt-keine-wacklei-,2064126,6,17599602.html>).

44 Ebd.

45 Holtmann / Völkl, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 20. März 2011, a.a.O. (Fn. 9), S. 750.

46 Ebd.

47 Ebd.

bestand darin, Konflikte zwischen den Parteiflügeln, die das Image der SPD – wie die Erfahrung früherer Wahlkämpfe zeigt – hätten schädigen können, zu vermeiden oder auf einen Zeitpunkt nach der Wahl zu vertagen. Der Nachteil, dessen Bedeutung sich erst am Wahlabend in voller Härte zeigte, war indes, dass die Partei im Wahlkampf weder die eigenen Erfolge innerhalb der Regierung herausstellen noch klar für einen Wechsel Stellung beziehen konnte. Ein weiterer Nachteil war, dass die Wähler nicht wussten, ob sie, wenn sie für die SPD stimmten, für die Fortsetzung der amtierenden Regierungskoalition oder einen Machtwechsel votierten.⁴⁸ Hinzu kam, dass einem personalisierten, auf das Amt des Ministerpräsidenten zielen Wahlkampf angesichts der in den Umfragen dokumentierten Stärkeverhältnisse jegliche Glaubwürdigkeit gefehlt hatte.

3.2.3 Die Wahlergebnisse der SPD

Wenn eine Partei in einer bestimmten Koalitionskonstellation in dem Sinne erfolgreich ist, dass sie bei der nächsten Wahl zumindest nicht an Stimmen und Mandaten einbüßt, lässt sich vermuten, dass sie eher geneigt ist, die aktuelle Koalition fortzusetzen, als wenn sie die Wahl verliert.

Sachsen-Anhalt 2006

Nach ihrer »wahrhaft bittere[n] Niederlage«⁴⁹ bei der Landtagswahl 2002, als sie nach acht Jahren *Magdeburger Modell* und nicht zuletzt auch wegen des negativen Bundes-trends von 35,9 auf 20,0 Prozent abgestürzt war, konnte sich die SPD vier Jahre später leicht auf 21,4 Prozent verbessern. Die Lage der beiden möglichen Koalitionspartner gestaltete sich so, dass die CDU nach leichten Verlusten in Höhe von 1,1 Prozentpunkten auf 36,2 Prozent kam, aber die bisherige Regierung mit der FDP aufgrund deutlicher Stimmeneinbußen der Liberalen nicht fortsetzen konnte, während sich die damalige Linkspartei PDS von 20,4 auf 24,1 Prozent deutlich verbesserte und damit »gegenüber der drittplatzierten SPD stärker«⁵⁰ absetzte. Die Sozialdemokraten konnten bzw. mussten sich also zwischen einem Bündnis unter Führung der gestärkten Linkspartei und einer Großen Koalition mit dem bisherigen Amtsinhaber Wolfgang Böhmer entscheiden. Der Ministerpräsident kam ihnen letztlich mit seiner Kompro-missbereitschaft, die sich v.a. in der Besetzung der Ressorts (s.o.) manifestierte, entgegen, so dass die Entscheidung zugunsten der CDU leicht fiel.

48 Vgl. Oppelland, Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014, a.a.O. (Fn. 9).

49 Everhard Holtmann, »Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 21. April 2002: Bürgervo-tum gegen das Tolerierungsbündnis von SPD und PDS« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34, Nr. 1 (2003), S. 41-60; hier: S. 53.

50 Holtmann, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006, a.a.O. (Fn. 9), S. 56.

Thüringen 2009

Mit 18,4 Prozent der Stimmen und 18 Landtagsmandaten ging die SPD im Vergleich zu 2004 (14,5 Prozent, 15 Mandate) deutlich gestärkt aus einem Wahlkampf hervor, der vor allem durch die besonderen Umstände bei der CDU infolge der langen Rekonvalleszenz von Ministerpräsident Dieter Althaus nach seinem Ski-Unfall im Januar des Jahres geprägt war. Für die seit zehn Jahren allein regierende CDU endete die Wahl mit einem historischen Verlust eines Drittels ihrer Mandate. Demgegenüber konnte Die Linke ihren hohen Wähleranteil sogar noch leicht steigern, büßte aber ein Mandat ein, weil FDP und Grüne erstmals seit 1994 wieder die Fünfprozenthürde überwunden hatten und in den Landtag eingezogen waren. Erst nachdem Dieter Althaus sich zurückgezogen und den Weg für Koalitionsverhandlungen mit der SPD frei gemacht hatte – die SPD hatte ein Regierungsbündnis mit der CDU unter dessen Führung ausgeschlossen –, gelang es dem SPD-Landesvorsitzenden Christoph Matschie in einem politischen Kraftakt die Entscheidung für die Große Koalition unter Führung von Christine Lieberknecht gegen erhebliche innerparteiliche Widerstände durchzusetzen.⁵¹ Dies wäre ohne den Zugewinn an Stimmen, der jedoch nichts an der Position der SPD als drittstärkste Partei geändert hatte, sicherlich nicht möglich gewesen.

Sachsen-Anhalt 2011

Aus der 2006 gebildeten Großen Koalition gingen die beiden Regierungsparteien mit unterschiedlichen Ergebnissen heraus: Der SPD gelang es trotz ihrer Position als kleinerer Koalitionspartner, mit einem minimalen Gewinn von 0,1 Prozentpunkt ihren Stimmenanteil zu stabilisieren. Demgegenüber musste die CDU, für die anstelle von Wolfgang Böhmer der bisherige Wirtschaftsminister Reiner Haseloff als Spitzenkandidat angetreten war, Verluste von mehr als vier Prozentpunkten verkraften und kam mit 32,5 Prozent auf »das zweitschlechteste Ergebnis der Christdemokraten in Sachsen-Anhalt«⁵². Die Linke erreichte mit 23,7 Prozent etwas weniger als fünf Jahre zuvor, konnte aber ihre Position als zweitstärkste Kraft knapp verteidigen. Die SPD blieb also weiterhin nur drittstärkste Fraktion, hatte jedoch als einzige der drei großen Parteien keine Stimmen verloren und konnte deshalb durchaus gestärkt in die Sondierungsgespräche bzw. Koalitionsverhandlungen gehen.⁵³

51 Vgl. Gothe, Die thüringische Landtagswahl vom 30. August 2009, a.a.O. (Fn. 9), S. 319.

52 Holtmann / Völk, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 20. März 2011, a.a.O. (Fn. 9), S. 751.

53 Das schlug sich allerdings nicht positiv in der Verteilung der Ministerien nieder, denn die Sozialdemokraten stellen weiterhin vier Minister, während die CDU ein zusätzliches Ressort bekam. Dies widerspricht den Erwartungen des *office-seeking*, weshalb die Entscheidung der SPD für eine Fortsetzung der Großen Koalition anderweitig erklärt werden muss.

Thüringen 2014

Der Verlust von mehr als sechs Prozentpunkten sowie eine Fraktionsstärke, die gerade einmal um ein Mandat stärker ist als die der erstmals zur Wahl angetretenen AfD, stellte eine veritable Katastrophe für die SPD dar. Dass die CDU und Die Linke leichte Zugewinne verzeichnen konnten (s. oben *Tab. 1*), machte die Sache aus Sicht der SPD noch schlimmer. Die Situation, über die Zusammensetzung der nächsten Landesregierung entscheiden zu müssen, da eine Mehrheitsbildung ohne die SPD nicht möglich war, war viel mehr eine Belastung als eine Erleichterung für die Partei. Das Wahldesaster wirkte sich unmittelbar aus, denn der langjährige Landesvorsitzende Christoph Matschie (und nicht etwa die Spitzenkandidatin Heike Taubert) übernahm die Verantwortung für die Niederlage und erklärte, auf dem nächsten Parteitag nicht mehr für den Vorsitz kandidieren zu wollen. Daraufhin nominierte der Landesvorstand mit Andreas Bausewein einen wichtigen Protagonisten der bisherigen Parteiminderheit, die seit langem eine Koalition mit der Linken favorisiert hatte, als Nachfolger Matschies und betraute ihn mit der Leitung der Sondierungen mit der CDU einerseits sowie mit Linken und Grünen andererseits. Obwohl die SPD in den folgenden Wochen – vorgeblich offen – nach beiden Seiten verhandelte, waren damit die Weichen erkennbar für einen Koalitions- und Regierungswechsel gestellt. Der Landesvorstand votierte am Ende dieser Sondierungsgespräche einmütig für Koalitionsverhandlungen mit Linken und Grünen. Ein derartig tief greifender Positionswechsel wäre wiederum ohne dieses spezifische Wahlergebnis, das in der SPD vielfach der CDU wegen deren Verhalten in der Regierung und im Wahlkampf angelastet worden war, kaum vorstellbar gewesen.⁵⁴

4. Fazit

Beim Vergleich der vier Fälle wird deutlich, dass eine Koalition unter Führung der LINKEN nur dann gebildet wird, wenn die SPD (1) ihre bisherige Zusammenarbeit mit der CDU in einer Großen Koalition negativ beurteilt, (2) mit einer offenen Koalitionsaussage in den Wahlkampf zieht und (3) bei der Wahl weniger Stimmen als beim letzten Mal bekommt. Es müssen also alle drei Variablen erfüllt sein, wie es bisher nur nach der Thüringer Landtagswahl 2014 der Fall war (*Tab. 4*).

Über diese zentrale Erkenntnis unserer Analyse hinaus ergeben sich zwei weitere Befunde:

- Eine offene Koalitionsaussage, die ein Zusammenwirken mit der Linken auch für den in den beiden untersuchten Bundesländern wahrscheinlichen Fall, dass Die Linke ein besseres Wahlergebnis als die SPD erzielt, nicht ausschließt, ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für das Zustandekommen einer Koalition unter Führung der Linken. Der etwas anders gelagerte Fall der hessischen SPD 2008 hat mehr als deutlich demonstriert, wie schwierig es ist, von einer öffentlich geäußerten Koalitionsaussage wieder herunter zu kommen. Eine offene Koalitionsaussa-

54 Vgl. Oppelland, Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014, a.a.O. (Fn. 9).

Tabelle 4: Variablen – Voraussetzungen für Koalition unter Führung der Linken

Fälle	Variable 1: Zusammenarbeit in der Großen Koalition	Variable 2: Koalitionsaussa- ge der SPD	Variable 3: Wahlergebnis der SPD	Outcome: Rot-rot(-grüne) Koalition mit linker Führung
ST 2006	<i>keine GroKo</i>	Präferenz für CDU	Stimmengewinne	keine Koalition
TH 2009	<i>keine GroKo</i>	kein Linken-MP	Stimmengewinne	keine Koalition
ST 2011	Positiv	kein Linken-MP	minimale Gewinne	keine Koalition
TH 2014	Negativ	ohne Ausschluss	erhebliche Verluste	Koalition

Quelle: Eigene Analyse.

ge ist ein Indikator dafür, dass es innerhalb der SPD eine beträchtliche interne Unterstützung für ein derartiges schwieriges Koalitionsmodell gibt, was wiederum eine notwendige Bedingung für deren Zustandekommen ist. Eine solche Situation gab es bisher nur 2014 in Thüringen.

- Das Wahlergebnis erklärt – wenngleich im Zusammenwirken mit der Bewertung einer bisher regierenden Großen Koalition durch die SPD – den bislang einzigen Fall einer Entscheidung der Sozialdemokraten zugunsten einer Koalition unter der Führung eines linken Ministerpräsidenten. Das Wahlergebnis ist insofern die wichtigere Einzelvariable, als der Eindruck der Niederlage rückblickend die negative Bewertung der Zusammenarbeit mit der CDU wesentlich verstärkt hat. Hätte die Thüringer SPD 2014 – auch bei einem Verharren an dritter Position – Zugewinne gegenüber 2009 (egal ob zulasten der CDU oder der Linken) erzielen können, wäre es wahrscheinlich nicht zu einem innerparteilichen Führungswechsel gekommen und eine Fortsetzung der Großen Koalition wäre zumindest nicht unwahrscheinlich gewesen. Denn bei Stimmengewinnen hätten die Sozialdemokraten die Regierungsbeteiligung im Rückblick als Erfolg gewertet. So aber wirkte die Wahlniederlage katalytisch und führte dazu, dass die Partei unter dem Eindruck der auf das Regierungsbündnis mit der CDU folgenden Niederlage den Sprung ins Ungewisse wagte. Ins Ungewisse insofern, als keineswegs sicher ist, dass sich die SPD in dieser neuen knappen Drei-Parteien-Konstellation von der Wahlniederlage wird erholen können. Ob eine Regierung unter einem Ministerpräsidenten der Linken tatsächlich nur dann zustande kommt, wenn die alle hier herausgearbeiteten Variablen vorliegen, bzw. ob es auch beim Vorliegen der drei Punkte nicht immer zu einer Koalition unter Führung der Linken kommt, wird sich bei den nächsten Landtagswahlen in Ostdeutschland, eventuell bereits im Frühjahr 2016 in Sachsen-Anhalt, zeigen. Es bleibt also eine reizvolle Aufgabe für die Koalitionsforschung, sich mit der Regierungsbildung auf Landesebene zu beschäftigen.

Zusammenfassung

In drei von vier rechnerisch möglichen Fällen einer Koalition von SPD, Die Linke und Bündnis '90/Die Grünen unter Führung der Linken (Sachsen-Anhalt 2006 und 2011 sowie Thüringen 2009 und 2014) entschied sich die SPD aus einer Pivot-Position der Schwäche heraus gegen ein solches Bündnis und für eine Koalition mit der CDU. Nur 2014 in Thüringen entschloss sie sich für eine Regierung mit einem von der Linken gestellten Ministerpräsidenten. In dem Aufsatz wird mittels eines Vergleichs aller vier Fälle untersucht, welche Variablen für eine derartige Entscheidung der SPD vorliegen müssen. Dabei zeigt sich, dass sich der Thüringer Fall vor allem durch die dramatische Landtagswahlniederlage der SPD und die dadurch im Landesverband ausgelöste innerparteiliche Machtverschiebung von den anderen Fällen unterschied. Außerdem wurde in der SPD die vorangegangene Koalitionszusammenarbeit mit der CDU negativ bewertet; und die Sozialdemokraten waren mit einer offenen Koalitionsaussage in den Wahlkampf gezogen – beides beträgt zur Erklärung der Koalitionsentscheidung bei.

Summary

In three out of four cases (Sachsen-Anhalt 2006 and 2011; Thuringia 2009 and 2014) in which the SPD had the pivotal choice between a coalition led by Die Linke or by the CDU she opted for the latter. Only in Thuringia in 2014 did she choose the new model of a coalition led by Die Linke. This article compares all four cases in order to determine which variables are most responsible for the Thuringian SPD's decision in 2014. The comparison shows that the party's electoral defeat in the state election which led to a shift in the intra-party power relations distinguished the 2014 case most from the other three cases. Another important variable was that the SPD in Thuringia had not explicitly excluded a coalition led by Die Linke before the election. That cooperation with the CDU in the 2009-2014 coalition was considered unsuccessful by the SPD, particularly retrospectively in the light of its own electoral defeat, also explains the party's turn toward Die Linke.

Torsten Oppelland / Hendrik Träger, A New Type of Coalition: Conditions for the Formation of a Red-Red or Red-Red-Green Coalition Led by Die Linke at the German State Level